



Konrad
Adenauer
Stiftung



50 Jahre Kompetenz weltweit

Europabüro · European Office · Bureau Européen

Die belgischen Kommunalwahlen 2006

Felix Eichhorn

Oktober 2006

Konrad-Adenauer-Stiftung, Europabüro, Avenue de l'Yser 11, B-1040 Bruxelles

 +32-2-743.07.43

 +32-2-743.07.49

 sekretariat@eukas.be

 <http://www.kas.de>

Am 08. Oktober 2006 haben in Belgien die Kommunalwahlen stattgefunden. Sie dürften im Hinblick auf die im ersten Halbjahr 2007 anstehenden Parlamentswahlen ein wichtiger Stimmungstest für die Regierungskoalition Verhofstadts gewesen sein. Der Kommunalwahlkampf wurde eher von nationalen als von kommunalen Themen beherrscht, was sich auch in der Berichterstattung der belgischen Tagespresse im Vorfeld der Wahlen widerspiegelte. Nach wie vor prägten in erster Linie der Konflikt der Sprachgemeinschaften und die Sorge um ein weiteres Erstarken rechtspopulistischer Parteien, insbesondere des Vlaams Belang, die politische Agenda.

Die liberale VLD des Ministerpräsidenten Verhofstadt musste in vielen Gemeinden, vor allem denen der großen Städte Brüssel und Antwerpen, zum Teil beachtliche Stimmeneinbußen hinnehmen. In Flandern wurde die VLD nur noch viertstärkste Kraft. Damit fiel der Stimmungstest für den Premierminister bei diesen Kommunalwahlen eher negativ aus. Die frankophonen Liberalen von Didier Reynders (MR, Mouvement Réformateur) konnten in der Region Brüssel insgesamt 30% der Stimmen auf sich vereinen, in der Wallonie stellen sie mit durchschnittlich 29% eine stabile Größe dar, in der Provinz Wallonisch-Brabant wurden sie mit 41% die stärkste Kraft.

Die frankophone PS kam in der Wallonie auf einen durchschnittlichen Stimmenanteil von 27% und wurde in drei wallonischen Provinzen mit jeweils 34-37% die stärkste Kraft. In Flandern konnte die SP.A-Spirit im Schnitt 19% der Stimmen auf sich vereinen. In Brüssel sieht sich der sozialdemokratische Bürgermeister Freddy Thielemans (PS) in seinem Amt bestätigt, Justizministerin Onkelinx (ebenfalls PS) musste sich in Schaerbeek dagegen mit einem zweiten Platz begnügen.

Zu den Gewinnern der Wahlen zählen landesweit insbesondere die Christdemokraten. Die frankophone CdH unter ihrer Vorsitzenden Joëlle Milquet konnte in Brüssel über 10 Prozentpunkte hinzugewinnen und bildet nun die zweitstärkste Kraft der Hauptstadt. In der Wallonie kam die CdH auf durchschnittlich 25%, in der Provinz Luxemburg wurde sie mit knapp 35% im Durchschnitt die meistgewählte Partei. In Flandern wurde das christdemokratische Kartell CD&V/N-VA mit 31% Prozent der Stimmen und einem Plus von 3,4% die stärkste Kraft in 172 der 297 Gemeinden, in 82 Gemeinden erreichte sie sogar die absolute Mehrheit. Für die flämischen Christdemokraten dürfte dieses Ergebnis auch im Hinblick auf eine Übernahme des Amtes des Premierministers im kommenden Jahr von

Bedeutung sein. In Ostbelgien konnte die christlich-soziale CSP ebenfalls Erfolge verbuchen: Eupens Bürgermeister Keutgen wurde im Amt bestätigt, auch in Kelmis verfügt die CSP über die absolute Mehrheit.

Die Grünen haben in allen Regionen einen Stimmenrückgang verzeichnen müssen. In Flandern erreichte die grüne Partei (Groen) durchschnittlich 7,6% und blieb nur fünftstärkste regionale Kraft. Die frankophonen Ecolos kamen in der Wallonie auf durchschnittlich 12%, hatten aber in allen fünf Provinzen Prozentverluste von 1-3% zu beklagen.

Der befürchtete Stimmenzuwachs des rechtspopulistischen Vlaams Belang konnte teilweise eingedämmt werden. In der Belang-Hochburg Antwerpen gelang es dem populären Sozialdemokraten Patrick Janssens (SP.A-Spirit), 16% der Stimmen im Vergleich zu den Kommunalwahlen vor sechs Jahren hinzuzugewinnen und dadurch dem Vlaams Belang ein annähernd stagnierendes Ergebnis zu bescheren.

Die Rechtspopulisten Philip Dewinters konnten im Vergleich zum Jahr 2000 mit 33,5% lediglich einen Zuwachs von 0,5 Prozentpunkten in der Hafenstadt verbuchen (im Vergleich zu den Regionalwahlen 2004 bedeutet dies ein Minus von 0,5 Prozentpunkten). Nichtsdestotrotz konnte der Vlaams Belang in der Provinz Flandern seine starke Stellung verteidigen. Auffallend in diesem Zusammenhang ist, dass er in den ländlichen Regionen einen Zuwachs verzeichnen konnte, obwohl die Bürger sich dort im Grunde weniger mit Integrationsproblemen und Kriminalität konfrontiert sehen als in den Großstädten. Auf wallonischer Seite konnte der rechtspopulistische Front National (FN) in Städten wie Charleroi und Mons zwischen 8 und 10 Prozentpunkte gewinnen. In den 19 Brüsseler Gemeinden erhielten die Rechtspopulisten ein Ergebnis von rund 5%.

Die Kommunen bilden die unterste Ebene des politischen Systems Belgiens, in dem auf oberster Ebene der Föderalstaat fungiert, also das Königreich Belgien.

In der Vergangenheit und auch im Kommunalwahlkampf 2006 kam es immer wieder zu politischen Auseinandersetzungen um die Funktionen zwischen den einzelnen politischen Ebenen. In jedem Fall obliegen den Gemeinden jedoch die Zuständigkeiten für die lokale Polizei, das örtliche Gesundheits- und Sozialwesen und sie verfügen über Kompetenzen im Rahmen der staatlich vorgegebenen Richtlinien für das Bildungs- und Ausbildungswesen.

Politische Themen im Kommunalwahlkampf 2006

Der Sprachenstreit

Auch im Jahr 2006 ist im sog. Sprachenstreit zwischen den großen Sprachgemeinschaften Flandern und Wallonie kein wirklicher Fortschritt zu verzeichnen. Neue Reibungen entstanden insbesondere durch eine Äußerung des christdemokratischen flämischen Ministerpräsidenten Yves Leterme (CD&V), der in einem Interview mit der französischen Tageszeitung *Libération* vom 17. August 2006 mit den Worten zitiert wurde, offenbar seien die Wallonen intellektuell nicht in der Lage, Niederländisch zu lernen. Auch wenn diese Äußerung mit Sicherheit der üblichen Wahlkampfpolemik zuzurechnen war, stellte sie doch wieder einmal den historischen Konflikt zwischen den beiden Sprachgemeinschaften zur Diskussion. Entgegen den Befürchtungen, dass es zu einer Spaltung des Landes kommen könnte, zeigen Umfragen jedoch regelmäßig, dass sich eine Mehrheit der Belgier – sowohl auf wallonischer als auch auf flämischer Seite – für einen geeinten Föderalstaat ausspricht.

Ein seit mehreren Jahren andauernder Streit um den Status des Wahlbezirks Brüssel-Halle-Vilvoorde prägte auch dieses Mal den Wahlkampf. Das Problem in diesem Bezirk liegt insbesondere darin, dass es den Einwohnern des flämischen Vilvoorde, bedingt durch die Anbindung an Brüssel, möglich ist, sowohl für flämische als auch für wallonische Kommunalpolitiker zu stimmen. Dieser Sonderstatus wird vor allem von den Flamen kritisiert, sehen sie darin doch mögliche Ungleichgewichte in der Stimmenverteilung zu Gunsten der Wallonen.

Eine endgültige Stellungnahme seitens der Regierung Verhofstadt zu diesem Thema steht noch immer aus. Es scheint wahrscheinlich, dass der Status des Bezirks Brüssel-Halle-Vilvoorde im Jahr 2007 wieder auf die politische Agenda gesetzt wird, sollte es tatsächlich zu einer erneuten Verfassungsreform kommen.

Politische Skandale

Im Vorfeld der Wahlen geriet insbesondere die sozial-liberale Regierung Verhofstadt in die Kritik, nicht zuletzt bedingt durch offen ausgetragene Differenzen zwischen dem liberalen Premierminister Verhofstadt (VLD) und seiner sozialdemokratischen Justizministerin Onkelinx (PS). Gegenstand der Auseinandersetzung war eine mögliche Lockerung des Strafvollzugssystems, in dem die Liberalen letzten Endes jedoch ihren restriktiven Standpunkt durchsetzen konnten. Zum einen kam der Konflikt für den Kommunalwahlkampf nicht

ungelegen, werden darin doch gerne Aspekte wie öffentliche Sicherheit thematisiert. Zum anderen wurde jedoch gerade nach Beilegung dieser Diskussion Ende September ein Einbruch für die VLD in der Wählergunst prognostiziert, schien das Vertrauen der belgischen Bevölkerung in die sozial-liberale Regierung doch erheblich gestört. Dieser Vertrauenseinbruch wurde noch verstärkt durch einen Steuerberechnungsfehler des Finanzministeriums Didier Reynders' (Mouvement Réformateur, MR), in dessen Folge eine 883 Millionen Euro große Lücke im Staatshaushalt entstanden ist.

Um den negativen Prognosen im Vorfeld der Wahlen entgegenzuwirken, lancierten Verhofstadt und die sozialdemokratische Vizepremierministerin Freya Van den Bossche in Gent eine Woche vor den Wahlen noch eine gemeinsame Plakataktion, die die Einheit der sozial-liberalen Koalition demonstrieren sollte; eine bisher einmalige Maßnahme in einem belgischen Wahlkampf.

Rechtsgerichtete Parteien auf dem Vormarsch?

Die seit Juni veröffentlichten Wahlprognosen warnten immer wieder vor einem erneuten Erstarken des rechtsextremen Vlaams Belang, der insbesondere in seinen Hochburgen rund um Antwerpen schon bei den letzten Parlaments- und Regionalwahlen nicht selten 20-25% der Wählerstimmen auf sich vereinen konnte. Bei den letzten Kommunalwahlen im Oktober 2000 kam der Vlaams Belang in der Hafenstadt auf einen Stimmenanteil von 33%.

In diesem Kontext sorgte die offenbar rassistisch motivierte Ermordung eines jungen afrikanischen Au-Pair-Mädchens und eines von ihr betreuten einheimischen Kleinkindes durch den Neffen einer Parlamentarierin des Vlaams Belang im Mai dieses Jahres über die nationalen Grenzen hinweg für Aufsehen und Bestürzung. Im Verlauf des Sommers und bis in die Endphase des Kommunalwahlkampfes hinein fanden vor diesem Hintergrund immer wieder kulturelle Veranstaltungen statt, durch die die Mehrheit der belgischen Bevölkerung ihr „Nein“ zu Rassismus und Fremdenhass bekundete.

Trotzdem ist es dem Vlaams Belang offenbar gelungen, mit seinem einfachen und wenig differenzierten, dafür aber für eine nicht zu vernachlässigende Anzahl an Wählern eingängigen, Programm einen Stimmenzuwachs in den ländlichen Gemeinden Flanderns zu verzeichnen. Ihre Kernaussagen verdichtete die Partei wenige Tage vor der Wahl im Rahmen ihres Wahlkongresses am 1. Oktober auf fünf „V“s: *Vlaanderen, vreemdelingenstop, veiligheid, vrijheid van meningsuiting* und *vermindering van belastingen* (Flandern, Einwanderungsstop, Sicherheit, Freie Meinungsäußerung und Steuerentlastungen). Insbesondere auf lokaler Ebene wird nun, wie in den letzten Jahren des öfteren, eine Debatte

um die Lockerung des *cordon sanitaire*, mit dem die demokratischen Parteien den Vlaams Belang belegt haben, zu führen sein, da hier in der Vergangenheit bereits Bündnisse mit der Partei eingegangen wurden. Nicht zuletzt diese Frage hat die liberale Partei Verhofstadts in den letzten zwei Jahren vor eine innere Zerreißprobe gestellt, sprachen sich doch einzelne Mitglieder für eine Lockerung des *Cordon* aus.